

Erhard Crome

## Krisen in Zeiten des Coronavirus

Der Coronavirus geht um. Fernsehsendungen, Zeitungen und alternative Medien sind voll. Es geht um Infektionsgefahren, Verstorbene, Sterberaten – und um Interpretationen, Mutmaßungen und Unterstellungen.

Dazu gehört eine eigenartige Staatskritik, die als Mischung aus Unkenntnis und Halbwissen daherkommt. Sich „rechts“ wie „links“ verortende Kritiker denunzieren die Einschränkungen der Grundrechte zur Seuchenbekämpfung als „Drehbuch“, auf das man sich bei einer anderen Notsituation berufen könne, wahlweise einer rechtspopulistischen, einer „Gesundheitsdiktatur“, einer Ökodiktatur oder zur Einrichtung von Arbeitslagern „für Reiche“. Dazu wird die Corona-Gefahr heruntergeredet: bei einer „normalen Grippe“ stürben viel mehr Menschen; jeden Tag sterben Kinder im Jemen; die Corona-Zahlen seien statistisch nicht gesichert. Gewiss, wenn die Seuche „durch“ ist, kennen wir die genaue Opferzahl. Bei der „Spanischen Grippe“ 1918/19 waren es 50 Millionen; im ersten Weltkrieg fielen zehn Millionen Menschen.

Der zuständige Säulenheilige für derlei Staatskritik ist Michel Foucault. In seinem Buch über das Gefängniswesen: *Überwachen und Strafen* behandelt ein Abschnitt das Pest-Reglement in Frankreich Ende des 17. Jahrhunderts, welche Beschränkungen angeordnet waren und wie sie exekutiert wurden, nach dem Prinzip Kontrolle und Disziplinierung. Die entsprechenden Zitate werden in allerlei Texten derzeit genüsslich ausgeschlachtet. Bei Foucault schließt sich an, später habe der Staat Psychiatrie, Strafanstalten, Erziehungsheime und Spitäler nach diesem Muster organisiert. Nur: dort findet sich kein Wort darüber, inwiefern die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pest gemäß dem medizinischen Kenntnisstand von damals angemessen und wirksam waren. Späterer Missbrauch desavouiert nicht die ursprünglichen Intentionen. Jeder Staat behandelt ein Pestproblem nach seinem Charakter: der autoritäre des Spätfeudalismus oder des Frühkapitalismus anders, als der spätkapitalistische, bürgerlich-parlamentarische heute. Nach aktuellen Umfragen tragen 80 Prozent der Deutschen die Maßnahmen der Regierung mit.

Über die Zukunft entspann sich ebenfalls eine Debatte. Die kapitalismuskritischen Schwarmgeister hoffen auf das baldige Ende des Ungeliebten. Nachdem der Weltsozialismus schon aus der Finanzkrise 2008 nicht kam, soll er nun der Corona-Krise entspringen. Andere malen das Szenario einer Großen Wirtschaftskrise an die Wand. In China, im „Workshop of the World“ wird die Produktion wieder hochgefahren, China liefert Schutzausrüstungen nach Italien. Das heißt für Deutschland: Je eher das Tal der Virus-Tränen durchschritten ist, desto eher leuchten die Berge des Wirtschaftsaufschwungs. Eine völlige Veränderung der Wirtschafts- und Lebensweise, die die einen befürchten und andere ersehnen, wird erst kommen, wenn sie ebenfalls 80 Prozent Zustimmung hat.

Bleibt EU-Europa. Vielfach wird bedauert, dass auch jetzt – wie 2008 – der Nationalstaat das handelnde Subjekt ist, die EU-Kommission nur eine Hilfsrolle spielt. Auch wenn allerlei Gesundheitsbeterinnen jetzt die Republik Europa ersehnen, sie wird nicht kommen, nicht so bald. Allerdings werden verschiedene Dinge im Nachgang sehr kritisch zu betrachten sein. Dass in Deutschland stolz betont wird, ein besseres Gesundheitssystem zu haben, als Italien oder Spanien, hängt auch damit zusammen, dass man das dort nach 2008 drastisch gekürzt hat, auch auf Druck der Deutschen. Eine der Krankheiten der EU heißt: deutsche Hegemonie.

Angesichts dessen bemerkte Eric Gujer, Chefredaktor der *Neuen Zürcher Zeitung*: „Deutschland will die Führungsmacht Europas sein, verhält sich aber wie dessen Chefbuchhalter“. Das nationale deutsche Hilfspaket angesichts von Corona beträgt 1,8 Billionen Euro. Alle EU-Länder versuchen, solche Pakete zu

schnüren, jedes für sich. In Italien werden die Staatsschulden auf 160 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ansteigen. Deshalb schlagen Italien, Spanien und Frankreich gemeinsame Anleihen vor. Deutschland lehnt das, wie in der Eurokrise, unterstützt von Niederlande und Österreich wieder ab. Das sei „Vergemeinschaftung der Schulden“. Ursache ist jedoch nicht finanzielle Schlamperei in Italien, sondern die Seuche. Forderten die Deutschen in der Flüchtlingskrise „Solidarität“, wird sie jetzt verweigert.

*(Manuskriptabschluss: 05. April 2020, erschienen in WeltTrends, Nr. 163, Mai 2020.)*